

Burgdorf, 4. Dezember 2023 lg

Bau-, Energie-, Verkehrs- und
Raumplanungskommission
Parlamentsdienste des Grossen Rates
Postgasse 68
3011 Bern

Gegenvorschlag der Bau-, Energie-, Verkehrs- und Raumplanungskommission zur «Berner Solar-Initiative»; Stellungnahme

Sehr geehrte Damen und Herren

Am 15. November 2023 haben Sie uns eingeladen, zum Grossratsbeschluss betreffend Gesetzesinitiative «Berner Solar-Initiative» – Gegenvorschlag der BaK Stellung zu nehmen. Gerne unterbreiten wir Ihnen fristgerecht nachstehende Eingabe.

Ausgangslage

Am 17. November 2021 wurde die «Berner Solar-Initiative» eingereicht. Sie sieht eine Änderung des Kantonalen Energiegesetzes (KEng) vor. Der Regierungsrat hat am 15. Dezember 2021 das Zustandekommen der Initiative festgestellt und die Initiative am 3. Mai 2023 zusammen mit seinem Gegenvorschlag dem Grossen Rat zur Beratung vorgelegt. Die Bau-, Energie-, Verkehrs- und Raumplanungskommission (BaK) des Grossen Rates hat am 29. Juni 2023 beschlossen, einen eigenen Gegenvorschlag zur Initiative auszuarbeiten.

Um was geht es

Die «Berner Solar-Initiative» verlangt, dass die Solarenergie im Kanton Bern rasch ausgebaut wird. Sie sieht zu diesem Zweck eine Änderung des Kantonalen Energiegesetzes (KEng) vor. Zur Initiative liegt ein Gegenvorschlag des Regierungsrates vor. Die BaK hat zur Initiative einen eigenen Gegenvorschlag ausgearbeitet. Dieser basiert auf dem Gegenvorschlag des Regierungsrates, nimmt aber zusätzliche Elemente auf.

Stellungnahme Gewerbeverband Berner KMU

Mit der Inkraftsetzung des revidierten Kantonalen Energiegesetzes KEng per 1. Januar 2023 verfügt der Kanton Bern unserer Ansicht nach über ein zeitgemässes und sachgerechtes Energiegesetz. Mit den Vorschriften zur gewichteten Gesamtenergieeffizienz (gGEE) wird sichergestellt, dass der Energiebedarf von neuen Gebäuden so nahe wie möglich bei null liegt. Neubauten werden somit nach Möglichkeit immer unter Berücksichtigung aktueller wissenschaftlichen Erkenntnissen und modernsten technologischen Möglichkeiten erstellt, respektive saniert.

Weiter hat die Schweizer Stimmbevölkerung am 18. Juni 2023 das Klima- und Innovationsgesetz (KIG) angenommen. Das Gesetz setzt auf Anreizsysteme und Technologieförderung, statt auf neue Vorschriften und Zwänge. Es ist irritierend, dass Regierungsrat und BaK knapp fünf Monate

später einen Gesetzesvorschlag vorlegen, der auf strengere Vorschriften setzt. Weiter ist Berner KMU zuversichtlich, dass die bestehenden Förderinstrumente die gewünschte Wirkung erzielen werden, da der Solarausbau neben der generellen Sorge für Klima und Umwelt für Wirtschaft und Gesellschaft dank Förderinstrumenten auch finanziell tragbar wird.

Nicht nachvollziehbar ist, weshalb die BaK in ihrem Gegenvorschlag mit neuen Vorschriften zur Solarenergienutzung bei Fahrzeugabstellplätzen (Art. 39c) weiter gehen will als das Eidg. Parlament, welches mit dem sogenannten «Energie-Mantelerlass» auf Bundesebene bewusst auf eine solche Bestimmung verzichtet hat. Diese Vorschriften umzusetzen wäre für Gewerbebetriebe mit einem grossen Fahrzeugpark völlig unverhältnismässig und schlichtweg nicht finanzierbar. Auch eine Übergangsfrist von 15 Jahren würde am grossen finanziellen Kraftakt für die Berner KMU nicht viel ändern. Grösste Bedenken bestehen ebenfalls hinsichtlich Definition «geeignete» Dachflächen und Wirtschaftlichkeit einer Solaranlage. Es ist zu befürchten, dass die bereits heute lange dauernden Bewilligungsverfahren, sich aufgrund nicht klar messbarer Parameter noch weiter verzögern, resp. Angriffsfläche für Einsprachen bieten.

Fazit

Der Gewerbeverband Berner KMU bedauert, dass Regierungsrat und BaK der «Berner Solar-Initiative» eine Gesetzesänderung entgegenstellen, welche die vorgenannten eben erst aktualisierten Gesetze verschärfen wollen. Dies läuft der Forderung von Wirtschaft und Gewerbe, nach stabilen und verlässlichen Rahmenbedingungen für die Geschäftstätigkeit von Unternehmen im Kanton Bern, diametral entgegen.

Zusammenfassend halten wir fest, dass wir sowohl die Initiative, als auch die beiden Gegenvorschläge ablehnen. Mit der Annahme einer der drei Vorschläge kämen auf Wirtschaft und Gewerbe nicht finanzierbare und völlig unverhältnismässige Aufgaben zu.

Empfehlung an den Grossen Rat

Berner KMU lehnt die Solarinitiative ab empfiehlt dem Grossen Rat, sie ohne Gegenvorschlag zur Abstimmung zu bringen. Wir bitten Sie, unsere Anträge und Bemerkungen bei der Weiterbearbeitung der Vorlage zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse

Berner KMU



Ernst Kühni
Präsident



Lars Guggisberg
Direktor

Per E-Mail an:

gr-gc@be.ch

Kopie per E-Mail zur Orientierung an

- die Mitglieder des Leitenden Ausschusses
- die Mitglieder der Parlamentarischen Gruppe Wirtschaft des Grossen Rates